

## Vereinigtes Königreich

HELEN WALLACE

Die Tagung des Europäischen Rates in Edinburgh im Dezember 1992, die die britische Präsidentschaft beendete, brachte der Regierung des Vereinigten Königreiches Erleichterung. Alle Regierungen der Mitgliedstaaten einschließlich der dänischen hatten der geänderten Interpretation des Maastrichter Vertrages zugestimmt, die — so hofften sie — die Zustimmung der dänischen Wählerschaft finden würde. Die britischen Minister zeigten sich erfreut angesichts der besseren Aussicht auf eine Ratifikation des Vertrages in Großbritannien. Sie sahen sich gleichzeitig der "Dämonen" entledigt, die bis dahin die Diskussion innerhalb der Konservativen Partei über Fragen der europäischen Integration belastet hatten. Sie wurden jedoch enttäuscht. Die Kontroversen über den Unionsvertrag hielten nicht nur bis zur letzten Abstimmung über die Ratifikation im Juli 1993 an, sondern blieben darüber hinaus das gesamte Jahr über bestehen.

Teilweise liegt die Erklärung in dem fortgesetzten politischen und wirtschaftlichen Druck. Die andauernden Währungsturbulenzen und die sich weiterhin auf hohem Niveau bewegende Arbeitslosigkeit zwangen die Europäische Gemeinschaft zur Einsicht in die Notwendigkeit gemeinsamer wirtschaftlicher Maßnahmen — wenngleich die britische Regierung in der heimischen Wirtschaft bereits wieder Zeichen einer Erholung von der Rezession sah. Der Krieg in Bosnien verschärfte sich — gleichzeitig ein schwerer Rückschlag für die Glaubwürdigkeit der gemeinsamen europäischen Außenpolitik und Prüfstein für ein Engagement der britischen Regierung im Bosnien-Konflikt. Eine Zustimmung der Europäischen Union zum Abschluß der Uruguay-Runde des GATT war bis zum Jahresende nicht in Sicht. Britische und französische Positionen prallten hier aufeinander und fügten auch dem Image der Europäischen Union weiter Schaden zu. Wie Douglas Hurd, der britische Außenminister, in einem Ende des Jahres erschienenen Bericht erklärte, war 1993 ein schweres Jahr für Europa<sup>1</sup>.

Gleichwohl konnten die Schwierigkeiten der Regierung nicht nur durch den unglücklichen Zusammenhang mit der umfangreicheren europäischen Tagesordnung erklärt werden. Die Debatte über die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages im Vereinigten Königreich zog sich sechs qualvolle Monate hin. In der Zwischenzeit wurden mehrere Minister als "Feuerlöcher" eingesetzt und tiefe Gräben taten sich im Kabinett auf. Dies setzte wiederum einen Konflikt innerhalb der Konservativen Partei in Gang. Daraus entwickelten sich verständlicherweise verwirrende Signale sowohl für die öffentliche Meinung in Großbritannien als auch für die anderen EG-Partner über die Entwicklungsrichtung

der Europapolitik Großbritanniens. Eine Andeutung für die Lösung vom Integrationsziel und das Beharren auf einer lockeren Kooperation unabhängiger Staaten war bereits in einem Beitrag enthalten, den John Major im September 1993 im "Economist" veröffentlichte<sup>2</sup>. Die im Entstehen begriffene britische Variante des Gaullismus wurde von ihren Vertretern begrüßt. Auf dem Kontinent indes markierte sie für viele einen Wendepunkt: Bisher wurde einem Partner, der sich schließlich doch der Integration anschließen würde, wiederholt Geduld gezeigt. Nunmehr ging man zu der Überzeugung über, daß eine weitere europäische Integration nur durch den Ausschluß der Briten möglich sei.

### *Die mühevolle Ratifikation des Maastrichter Vertrages*

Die Maastrichter Debatte dominierte die britische Parlamentspolitik bis zum Juli. Nachdem die Regierung erst einmal die Schlußabstimmung auf einen Zeitpunkt nach dem zweiten dänischen Referendum terminiert hatte, setzte sie sich einem fortwährenden Streit mit den Euroskeptikern in ihren eigenen Reihen aus. Die Entschlossenheit letzterer nahm mit der Zeit eher zu, als daß sie schwächer geworden wäre. Ferner boten die geheimnisvollen Seitenwege der parlamentarischen Verfahren in Westminster mehrfach Gelegenheit für Obstruktion und Opportunismus. Sie sorgten für mehrfache Versuche der Oppositionsparteien, eine wankende Regierung zu stürzen. In ihrer Sorge um das Bestehen in dieser kritischen Phase fällt die Regierung eine schwerwiegende Entscheidung. Sie gab bekannt, daß der Vertrag nach Ansicht der Rechtswissenschaftler in seiner ursprünglichen Form selbst dann ratifiziert werden könnte, wenn das Parlament Änderungen durchsetzen würde. Das sahen viele Parlamentarier unabhängig von ihrer Meinung zum Maastrichter Vertrag als einen Affront des Parlaments.

Zudem ließ die Regierung das Protokoll über die Sozialpolitik eine zentrale Stellung in der Debatte einnehmen. Weiterhin paßte die Regierung den eigenen pro-Maastricht orientierten Kurs der Terminologie der Euroskeptiker an. Britische Minister drückten ihre Anerkennung des Maastrichter Vertrages wiederholt aus, indem sie ihn als geringstes Übel der vorangegangenen Verhandlungen und gleichzeitig als einen deutlichen Wandel zu einer dezentralisierten Europäischen Gemeinschaft bezeichneten mit zunehmend geringeren Schranken der britischen Souveränität. Dieser Wechsel im Sprachgebrauch erschwerte es der Regierung, als überzeugt pro-europäisch zu gelten. Es wurde zugelassen, daß die Begriffe in der Debatte eher von den Gegnern als von den Befürwortern des Maastrichter Vertrages bestimmt wurden; und die Regierung wurde darauf festgelegt, den europäischen "Centralisers" — die Standardformulierung für die Föderalisten innerhalb der konservativen Reihen — gegenüber kritisch zu bleiben, und zwar noch lange nach der Ratifikation des Vertrages.

Zusammenfassend läßt sich über die lange und erdrückende Reihe parlamentarischer Schlachten folgendes sagen: Der Februar kam und ging mit einer Reihe widerstreitender Rechtsauffassungen hinsichtlich der Frage, inwieweit eine

parlamentarische Bestätigung für die Ratifizierung des Maastrichter Vertrages überhaupt erforderlich sei. Im März verlagerte sich die heftig geführte Diskussion auf den Teil des Gesetzes zum Maastrichter Vertrag, der sich mit der Auswahl der britischen Mitglieder des neuen Ausschusses der Regionen befaßte. Die Regierung wurde dabei von einer Allianz aus sich auflehrenden Tories, Mitgliedern der Labour Partei und Liberaldemokraten mit 292 zu 314 Stimmen geschlagen, die gemeinsam verlangten, "local government Councillors" eher als die von der Regierung bestimmten politischen Kandidaten zu nominieren. Es folgte eine wochenlange Debatte im Ausschuß, in der Mitglieder der Labour Partei und der Liberaldemokratischen Partei nach Wegen suchten, die Ausnahmeregelung des Sozialprotokolls — das britische opting-out — zu stürzen und den konservativen Gegnern die Bereitschaft signalisierten, gegen die Regierung zu stimmen, in der Hoffnung, so das gesamte Gesetzesvorhaben zu Fall zu bringen. Im Mai ging der Gesetzesentwurf in die dritte Lesung. Die Auseinandersetzungen dauerten an, obwohl sie nach dem positiven Ausgang des dänischen Referendums immer weniger zu überzeugen vermochten. Am 20. Mai wurde das Gesetz mit 292 zu 112 Stimmen verabschiedet. 41 Konservative stimmten dagegen, die meisten Labour-Abgeordneten enthielten sich und 66 Labour-Mitglieder schlossen sich den konservativen "Rebellen" an. Im Oberhaus folgte eine hitzige Debatte, in deren Verlauf Argumente für und gegen eine Volksabstimmung im Vordergrund standen. Das Gesetz wurde jedoch vom Oberhaus am 14. Juli angenommen und zurück an das Unterhaus verwiesen. Die Abstimmung mit 317 zu 317 Stimmen war verknüpft mit dem Versuch der Labour Partei, die Ausnahmeregelung in der Sozialpolitik zu stürzen. Das Ergebnis wurde durch die Stimme des Sprechers — wie die parlamentarischen Regeln es bestimmen — entschieden, und zwar im Sinne der Regierung. Letztere setzte daraufhin eine Abstimmung am 20. Juli an, in der ihr nach einer angespannten parlamentarischen Debatte das Vertrauen mit 339 zu 299 Stimmen ausgesprochen wurde. So blieb schließlich allein die im britischen High Court anhängige rechtliche Überprüfung, die von Euroskeptikern in dem Versuch veranlaßt wurde, die Ratifikation zu verhindern.

#### *Die Versöhnung von Innen- und Europapolitik*

Während des gesamten Jahres verfolgte die Regierung das Thema Subsidiarität in dem Bemühen, den Umfang der EU-Gesetzgebung in Großbritannien einzuschränken. Dieses Verhalten hatte drei Gründe. Erstens wiederholte die Regierung aus ideologischen Gesichtspunkten die Kernaussage, daß "Brüssel" seine Befugnisse überdehnt hatte. Die Rückführung politischer Befugnisse "in die britische Heimat" sollte dem entgegenwirken. Britische Minister hofften auf eine wachsende Welle der Sympathie in der übrigen Europäischen Gemeinschaft. Im Juni legten die britische und die französische Regierung eine gemeinsame "Liste zur Subsidiarität" vor, die diejenigen von der Europäischen Gemeinschaft bereits beschlossenen Maßnahmen nannte, die wieder rückgängig gemacht werden soll-

ten<sup>3</sup>. Die deutsche Regierung veröffentlichte eine entsprechende eigene Liste. Die dort genannten Ansichten wurden diskutiert, wenngleich nur wenige der Maßnahmen während der Diskussion des Europäischen Rates im Dezember in Brüssel über Subsidiarität formell verabschiedet wurden.

Zweitens begann die britische Regierung ihre Methode zur Umsetzung der EG-Gesetzgebung zu hinterfragen. Eine im Juli veröffentlichte Effektivitätsprüfung durch die Regierung legte dar, daß die britischen Verantwortlichen häufig übereifrig und übergenau in ihrer Interpretation dessen waren, was eigentlich erforderlich war<sup>4</sup>. Der Tonfall der Publikation war insoweit interessant, als er das Verhalten der britischen Regierung in Frage stellte. Das Papier nagte an dem britischen Stolz über die Spitzenposition bei der Umsetzung von Verordnungen. Zudem wurde die Regierung Großbritanniens zu mehr Rechtsstreitigkeiten veranlaßt, sei es ausgehend vom oder gegen das Vereinigte Königreich, um bei dieser Gelegenheit die Macht der Gemeinschaft vor dem Europäischen Gerichtshof zu testen. Britische Minister griffen auch erneut das Thema der Deregulierung auf — hier im Sinne einer Lösung von der Bürokratie, mit der Europäischen Gemeinschaft als abschreckendem Symbol für die Belastung der Wirtschaft.

Drittens attackierte die Regierung unter dem Deckmantel der Subsidiarität diejenigen Teile der EG-Gesetzgebung, die ihr nicht gefielen. Davon betroffen waren vor allem Vorschriften zur Umwelt und soziale Themen. Auf dem Gebiet des Umweltschutzes griff das Vereinigte Königreich Verordnungen über die Qualität der Badegewässer und des Trinkwassers an. Die Briten hatten diesen Verordnungen bereits zugestimmt, lehnten sie aber nun als zu kostspielig ab und machten sie zum Gegenstand von Auseinandersetzungen mit der Kommission oder von Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof. Auf dem Gebiet der Sozialpolitik wurde eine Verordnung kritisiert, die das nationale Programm der Regierung zur Privatisierung von Teilen der Verwaltung einschränkte. Gegen Jahresende wurde deutlich, daß das Protokoll im Anhang des Vertrages über die Europäische Union, das Großbritannien von der gemeinsamen Sozialpolitik ausnahm, die Reibungen in diesem Bereich nicht beseitigen würde. Stattdessen verursachte es Konflikte mit den anderen EG-Staaten im Zusammenhang mit solchen Maßnahmen, die unter den früheren EG-Vertrag fielen.

Es sollte indessen festgestellt werden, daß die britischen Positionen auf den Gebieten Umwelt und Soziales vor allem den parteipolitischen Prioritäten der konservativen Regierung entsprachen. An anderer Stelle konnte man im politischen Spektrum Großbritanniens starke Unterstützung für die europäische Gesetzgebung auf diesen Gebieten finden.

#### *Der wirtschaftliche Zusammenhang*

Nachdem sich die Briten im September 1992 aus dem Europäischen Währungssystem zurückgezogen hatten, waren sie gewissermaßen von den fortdauernden Schwierigkeiten der europäischen Währungspolitik und dessen Auswirkungen auf

die währungs- und wirtschaftspolitischen Zielsetzungen des Maastrichter Vertrages abgeschnitten. Die Erweiterung der Bandbreiten des Wechselkursmechanismus auf 15% rechtfertigte anscheinend die britischen Gegner der Wirtschafts- und Währungsunion. Diejenigen britischen Minister, die sich am stärksten der Wirtschafts- und Währungsunion widersetzen — insbesondere Michael Howard, Michael Portillo, Peter Lilley und John Redwood — machten kein Geheimnis aus ihrer Gegnerschaft zur Wirtschafts- und Währungsunion und der dazugehörigen makroökonomischen Politik. Verfechter der WWU hatten dagegen Schwierigkeiten, bei der weiteren Unterstützung einer eventuellen gemeinsamen Währung überzeugend zu klingen. Nichtsdestoweniger blieben die Labour Partei und die Liberaldemokratische Partei bei ihrer Unterstützung für die Wirtschafts- und Währungsunion. Sie betonten, wie wichtig es sei, innerhalb der Europäischen Union eine Konvergenzpolitik zu verfolgen und das Ziel einer gemeinsamen Währung beizubehalten<sup>5</sup>.

In der Europäischen Union ging das Interesse mit der Zeit von der währungspolitischen Diskussion über auf die Probleme des Wirtschaftswachstums, der Wettbewerbsfähigkeit und der Beschäftigung. Dies führte zu der Veröffentlichung eines Weißbuches der Kommission im Dezember 1993. Das Buch bezog sich auf Ideen, die auch in Großbritannien seit geraumer Zeit im Umlauf waren. Es legte die Notwendigkeit nieder, die Beschäftigungspolitik flexibler zu gestalten und die Wettbewerbsfähigkeit in Handel und Industrie zu fördern. Diese Vorstellungen hätten von der britischen Regierung als ein willkommener Klimawechsel begrüßt werden müssen. Ein Papier über die Entwicklungen in der Europäischen Gemeinschaft ließ verlautbaren, daß das Weißbuch vieles enthielt, was Großbritannien vorgeschlagen hatte<sup>6</sup>. Gleichwohl wurde das Buch von John Major und Kenneth Clark provokant häufig vor dem Treffen des Europäischen Rates in Brüssel im Dezember kritisiert, und die neuen Nuancen im Dokument der Kommission taten wenig, um die konservative Kritik an der Kommission und ihren sozialistischen Tendenzen zu mildern. Es zeigte sich erneut, wie sehr das Bild von Brüssel durch die vorangegangenen Kontroversen über das Kapitel Sozialpolitik im Maastrichter Vertrag geprägt worden war. Offenkundig wurde dieser Sachverhalt während des Parteitages der Konservativen im Oktober 1993, als einige Minister — am lautesten Peter Lilley, Michael Howard und David Hunt — ihre Kritik an der europäischen Sozialpolitik kundgaben.

#### *Die Neudefinition der Außenpolitik*

Die Bestrebungen, eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zu entwickeln, stießen auf gemischte Reaktionen der britischen Regierung. In diesem Bereich stand viel auf dem Spiel — der Krieg in Bosnien, gefährliche Entwicklungen in Rußland, der Ukraine und anderen Teilen der ehemaligen Sowjetunion sowie die Notwendigkeit einer Stabilisierung und Transformation in Mittel- und Osteuropa. Nicht zuletzt unter Berücksichtigung des Wandels in der

amerikanischen Politik akzeptierten die Briten gemeinsame europäische Positionen und Aktionen — wo diese sinnvoll waren. Zusammen mit den Deutschen und den Dänen erreichten die Briten einen beträchtlichen Fortschritt. Sie brachten die Unionspolitik einer eventuellen Osterweiterung näher und forcierten großzügigere Bedingungen für die Europaabkommen. Die Briten stellten nach den Franzosen die meisten Soldaten in Jugoslawien, wenn auch die genauen Ziele der britischen Bosnien-Politik im Jahresverlauf zwischen dem von General Rose empfohlenen Aktivismus sowie der Vorsicht von Douglas Hurd und Malcolm Rifkind hin und her schwankten.

Was die institutionelle Seite betrifft, so hielt die britische Regierung an der "Säulenstruktur" des Unionsvertrages mit seinen gouvernementalen Politikbereichen fest. Ausdruck fand diese Auffassung in der Benennung eines starken britischen Kandidaten für die Führung des neuen GASP-Sekretariats, das seinen Sitz beim Ratssekretariat hat. Die britische Regierung machte deutlich, daß es in diesem Bereich nicht mehr Spielraum für die Kommission geben wird und daß Einstimmigkeit weiterhin die übliche Form der Entscheidungsfindung bleiben solle.

#### *Ein Versuch der Stimmungsänderung*

In einem Bereich spiegelten die Meinungen in der Europäischen Union auch eine wichtige britische Präferenz wider: Alle zwölf Mitgliedstaaten wollten die Erweiterung der Union um die vier EFTA-Bewerber. Bereits bei dem Treffen des Europäischen Rates in Edinburgh im Dezember 1992 hatte der französische Präsident François Mitterrand dieses Ziel bekräftigt, und im Verlauf des Jahres 1993 wurde es durch die Ereignisse bestätigt — insbesondere am Ende des Jahres, als am 22. Dezember der entscheidende Durchbruch bei den Beitrittsverhandlungen gelang. Eine problemlose Erweiterung schien zum ersten Mal in greifbare Nähe gerückt; im Jahresverlauf waren die Aussichten viel schlechter beurteilt worden. Selbst die Ratifikation des Vertrages über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) schien zuvor bei einigen Mitgliedstaaten gefährdet. Das galt auch für Großbritannien, das lange brauchte um den nationalen Ratifizierungsprozeß zu durchlaufen, denn die Regierung hatte dem Parlament nur mit Widerstreben ein weiteres europäisches Abkommen vorgelegt.

Bedeutete nun der Durchbruch bei den Verhandlungen über die Erweiterung der Europäischen Union, daß die britischen Auffassungen an Boden gewannen? Zwar läßt sich dies bejahen, aber nur bis zu einem gewissen Punkt. Denn die Briten und die Franzosen näherten sich einander in dieser Phase nicht an. Stattdessen erwirkten die Deutschen von den Franzosen eine Zusage, im Gegenzug für ihre fortgesetzte Geduld in der Uruguay-Runde, das deutsche Festhalten an der Erweiterung zu unterstützen.

Unterdessen tat sich bei der Frage der Erweiterung ein weiterer Konflikt auf. Im Herbst wurde die seit langem problematische Frage der Standorte und der Zusammensetzung von EU-Institutionen im Laufe der Sitzung des Europäischen

Rates in Brüssel am 29. Oktober 1993 gelöst. Dies betraf die Anpassung der Abgeordnetenzahlen im Europäischen Parlament — genauso wie in anderen Institutionen — an die deutsche Einheit und zu gegebener Zeit an die EFTA-Erweiterung sowie den Sitz einiger neuer europäischer Institutionen. Zwar hatten die Briten ihre Kampagne für London als den Sitz des Europäischen Währungsinstituts aufrechterhalten, den Zuschlag erhielt jedoch Frankfurt. Als Trostpreis für Großbritannien wurde die Europäische Agentur für die Beurteilung von Arzneimitteln in London angesiedelt.

Jedoch gelang es dem Europäischen Rat nicht, sich im Zuge der Anpassung an die Erweiterung über eine Neugewichtung der Stimmen für eine qualifizierte Mehrheit zu einigen.

Es zeigten sich wachsende Anzeichen der Spannung innerhalb der Europäischen Union angesichts der von kleineren und größeren Mitgliedern ausgeübten relativen Macht. Die britische Regierung wurde in ihrem Beharren auf uneingeschränkte Souveränität und ihrer relativen Stärke, die durch die britische Maastricht-Kontroverse noch zunahm, durch die Lamers-Vorschläge beruhigt. Sie schloß daraus, daß diese und das Maastricht-Urteil des Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe zeigen, daß selbst in Deutschland sich die öffentliche Meinung in die gleiche anti-zentralistische Richtung bewegte.

Außenminister Douglas Hurd und andere britische Minister ließen im Herbst durchblicken, daß sie — nicht zuletzt im Hinblick auf die qualifizierte Mehrheit — Schritte zur Erweiterung der Macht größerer Mitgliedstaaten ergreifen wollten. Diese Überzeugung erhielt Unterstützung in einer Publikation des European Policy Forum, das sich für eine neue verfassungsmäßige Einigung in der Europäischen Union aussprach, die verstärkt auf einem intergouvernementalen Zugang beruhen sollte<sup>7</sup>. Offensichtlich war die britische Regierung dabei, neue Ideen für die nächste intergouvernementale Konvergenz 1996 zu entwickeln. Diese Gedanken sollten die während der Ratifikationsdebatte in Westminster ausgearbeitete Interpretation des Maastrichter Vertrages verstärken. Zwar befand die britische Regierung weiterhin eine radikale Reform der Institutionen im Rahmen der Erweiterung mit den EFTA-Staaten nicht für notwendig. Sie wies jedoch darauf hin, daß nichtsdestotrotz einige Schritte in diese Richtung ergriffen werden müßten, da die Erweiterung die Anzahl kleiner Mitgliedstaaten vergrößern würde.

Was wurde schließlich infolge dieser Entwicklungen aus der britischen Europapolitik und der britischen Meinung zu Europa? Die Regierungspolitik entsprach zunehmend der Politik eines in zwei Lager gespaltenen Bündnisses: ein Lager feindselig gegenüber großen Teilen der Gemeinschaftsphilosophie, -politik und -verfahren, das andere der Europäischen Gemeinschaft und sogar der Union wohlgesonnen, jedoch nur unter der Voraussetzung, daß deren Kompetenzen geschwächt und ihre Ambitionen beschränkt würden. Die Euroskeptiker haben ihre Stellung im Laufe des Jahres verstärken können und die Reden der Minister wurden deutlich kritischer. Dies war allerdings nicht die Politik der

großen Oppositionsparteien. Die Labour Partei, die Liberaldemokraten sowie die wallisischen und schottischen Nationalisten hielten an ihrem Engagement für die europäische Integration fest. Genauso standen sie weiterhin zu den speziellen Politikfeldern Umwelt, Soziales und Wirtschaft, die von den Konservativen mißbilligt wurden. Dessen ungeachtet wurde dieses europäische Engagement nur vorsichtig geäußert, da die Wähler im Vereinigten Königreich — so wie in vielen anderen Unionsstaaten — immer mühsamer für eine Unterstützung der europäischen Sache zu gewinnen sind. Meinungsumfragen zeigten bei der Frage nach der europäischen Integration eine Spaltung in drei Gruppen: Befürworter, Gegner und Unentschlossene. Das kann angesichts des Ausmaßes der nationalen Kontroversen und der begrenzten Erfolge der Europäischen Union 1993 kaum verwundern.

### Anmerkungen

Übersetzt aus dem Englischen von Marcus Fröb, Universität Mainz.

- 1 S. seine Einleitung in Foreign and Commonwealth Office: Developments in the European Community: July — December 1993, HMSO 1994.
- 2 25. 9. 1993.
- 3 Dies schließt zwei energiepolitische Maßnahmen ein, die "Acquired Rights"-Verordnung, vier Verordnungen zur Wasserqualität, eine zur Luftqualität, drei für Lebensmittelstandards, eine für Saatgut und eine Reihe von Verordnungen über berufliche Qualifikationen.
- 4 Department of Trade and Industry: Review

of the Implementation and Enforcement of EC Law in the UK, July 1993.

- 5 S. z. B. das Labour Party-Dokument: Prosperity through Cooperation, Juni 1993. Weiterführend s. Cameron, David: British Exit, German Voice, French Loyalty: Defection, Domination, and Cooperation in the 1992/3 ERM Crisis, Paper for the ECSA-US Conference of May 1993.
- 6 Foreign and Commonwealth Office, a. a. O. (Anm. 1).
- 7 European Policy Forum: Towards a European Constitutional Settlement, London, Oktober 1993.

### Weiterführende Literatur

- Foreign and Commonwealth Office: Developments in the European Community: January — June 1993, Cmnd 2369, HMSO, London, Oktober 1993.
- Foreign and Commonwealth Office: Developments in the European Community: July — December 1993, Cmnd 2525, HMSO, London, April 1994.
- House of Commons: Europe after Maastricht, Second Report from the Foreign Affairs Committee, Session 1992/3, 2 Bde. 642-I

- und II, HMSO, London, April 1993.
- House of Lords: House of Lords Scrutiny of the Intergovernmental Pillars of the European Union, Select Committee on the European Communities, HL Paper 124, HMSO, London, November 1993.
- La Serre, Françoise de: Comment être à la fois britannique et européen?, in: Politique Etrangère 1 (1993), S. 55-62.
- Major, John: Raise your eyes, there is a land beyond, in: Economist v. 25. 9. 1993.